„OPAS LEHRBUCH BLEIBT ZUGEKLAPPT"

SPIEGEL-Interview mit Staatssekretär Klaus Dieter Arndt über Konjunkturpolitik

SPIEGEL: Herr Staatssekretär, nach einem halben Jahr sozialdemokratischer Regierung steigen die Preise in Deutschland immer stärker. Kann sich die Bundesregierung erlauben, weiterhin die Hände in den Schoß zu legen, und es mit einer leidlich restriktiven Haushaltsführung bewenden lassen?

ARNDT: Die Bundesregierung legt Hand an mancherlei. Nur im Schoß liegen ihre Hände nicht. Eine Aufwertung von 8½ Prozent, einen Finanzierungsüberschuß von 13 Milliarden Mark in den öffentlichen Haushalten, einen Diskontsatz von 7½ Prozent: Wo finden Sie eine derartige Stabilität sonst in der Welt, geschweige denn bei früheren Bundesregierungen.

SPIEGEL: Für das zweite Halbjahr prognostizieren die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem Gemeinschaftsgutachten Inflationsraten von über vier Prozent. Drei von fünf Instituten sind der Ansicht, daß zusätzliche Initiativen der Regierung zweckmäßig seien. Warum geschieht dennoch nichts?

ARNDT: Drei von fünf Instituten sind folgender Ansicht: „Für den Fall, daß der Preisanstieg sich in unverminderter Stärke fortsetzt, kommen finanzpolitische, vornehmlich steuerpolitische Maßnahmen in Betracht." Fünf von fünf Instituten erklären einige Absätze vorher: „Die Preisauftriebskräfte werden sich im weiteren Verlauf des Jahres im Zuge der leichten Entspannung abschwächen." Tritt nun der Fall ein, oder tritt er nicht ein? Die letzten Informationen über die Preisentwicklung sprechen für die Abschwächung.

SPIEGEL: Läuft nicht jede Regierung Gefahr, die sich stets für die Vollbeschäftigung verbürgt, daß ihre preisstabilisierende Wirtschaftspolitik teilweise unwirksam wird?

ARNDT: Lassen Sie mich Ihre Frage so fassen: Ist Arbeitslosigkeit und Stagnation ein akzeptabler Preis für Preisstabilität? Antwort: Nein, weil Stabilität so nicht zu erreichen ist. In den USA ist man nach einer langen Deflationspolitik jetzt bei einer Arbeitslosenquote von 4,4 Prozent und bei einem Rückgang des Sozialprodukts um 1,5 Prozent angelangt. Zum gleichen Zeitpunkt liegen dort die Lebenshaltungskosten um sechs Prozent höher gegenüber dem Vorjahr. Preissteigerung und Arbeitslosigkeit ist sicherlich die schlechteste der Welten, die man sich aussuchen kann. Derartige Experimente wird es in der Bundesrepublik nicht geben. Opas Lehrbuch bleibt zugeklappt.

SPIEGEL: Wie können Sie Unternehmer davon überzeugen, daß die Preisaufschläge wirtschaftspolitisch bekämpft werden, wenn die Regierung sich auf der anderen Seite verpflichtet, die Arbeitsplätze um keinen Preis zu gefährden, also keine einschneidende Stabilitätspolitik zu betreiben?

ARNDT: Unternehmer sind nur vom Markt zu überzeugen, deshalb haben sie von diesem Bundeswirtschaftsminister keine Maßhalteappelle und keine Kritik an Marktpreisen gehört. Statt dessen hat er Stabilitätspolitik durchgesetzt. Wahrscheinlich hätte man mit dem Aufwertungssatz noch höher herangehen oder mit der Verschärfung der Geldpolitik eher beginnen sollen. Das sage ich jetzt. Hinterher. Und hinterher läßt sich leicht reden. Auf den Beschlußzeitpunkt bezogen, erschien jede einzelne dieser Maßnahmen als hart, vielen Kritikern von heute als zu hart.



Konjunktur-Prognostiker **Arndt**
„Mein Chef bestimmt, wann ich gehe"

SPIEGEL: Müssen die Gewerkschaften die konjunkturpolitische Zurückhaltung der Regierung nicht so mißverstehen, daß einer expansiven Lohnpolitik und damit einem zunehmenden Kostendruck keine Widerstände entgegengesetzt werden?

ARNDT: Nach wie vor steigen die Effektivlöhne stärker als die Tariflöhne. Das heißt, wir haben eine expansive Lohnentwicklung und eine konstatierende Lohnpolitik der Gewerkschaften.

SPIEGEL: Als Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin haben Sie maßgeblichen Anteil am neuen Stil der Wirtschaftspolitik Schillers, die sich gern ausgefeilter Prognosen und überlegter Projektionen rühmt. Wie erklären Sie sich das völlige Versagen jeder Vorhersage über die Konjunktur?

ARNDT: Nun, in der Bewegungsrichtung hat es wohl keine Fehldiagnose gegeben. Getäuscht haben sich die meisten über die Intensität der Nachfrage und über die Elastizität des Angebots. Ich habe zwei Erklärungen: Erstens ist die Hochkonjunktur im Ausland unterschätzt worden, zweitens übertrifft die Expansionskraft unserer Wirtschaft alles, was wir in den sechziger Jahren erlebt haben. Wir müssen schon auf die Expansion von 1955/56 zurückgreifen, um vergleichen zu können.

SPIEGEL: Im Januar dieses Jahres sagten Sie falsch voraus, die Preiswelle sei gebrochen. Für welche Zeit prophezeien Sie nun die Rückkehr zur Stabilität?

ARNDT: Ich fürchte, es wird etwas rechthaberisch klingen, aber unterschätzt haben wir nur die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise. Die Aufwertung hat auf die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise noch nicht so durchgeschlagen, wie dies beabsichtigt und erwartet wurde. Dagegen: ob industrielle Verbrauchsgüter, ob Dienstleistungen oder ob Mieten: In keiner dieser Gruppen liegt die effektive Preisentwicklung für März und April über dem Prognosenwert. Nur bei den Nahrungsmitteln ist dies anders. Und deshalb steigen die Lebenshaltungskosten um 3,5 bis 4,0 Prozent anstatt um drei Prozent. Eine neue Prognose: Über EWG-Prämien für Weizen, mit dem Vieh gefüttert wird, über Fleischexporte und über das Wetter gebe ich keine Prognosen mehr ab.

SPIEGEL: Karl Schiller ist nur wenige Wochen nach seinem Urlaub erkrankt und mußte ins Sanatorium. Wird er aus seiner Kur mit den nötigen Kräften für die Konjunkturdiskussion zurückkehren, oder wann ist der nächste Kur-Aufenthalt fällig?

ARNDT: Ich bin sicher, daß Karl Schiller mit voller Kraft zurückkehrt und daß ihm die Konjunkturdiskussion nicht schwerfallen wird.

SPIEGEL: Herr Staatssekretär, es heißt, Sie würden im Sommer aus dem Amt scheiden. Ist dieser Entschluß durch persönliche Meinungsverschiedenheiten mit Ihrem Chef, Uneinigkeit über sachliche und politische Fragen bestimmt?

ARNDT: Es ist allgemein bekannt, daß ich nach Ablauf einer vereinbarten Frist an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zurückkehren werde. Diese Frist ist verlängert worden. Ich hatte gedacht, daß man am Ende der vereinbarten Zeit normal aus dem Staatsdienst ausscheiden kann. Darin habe ich mich geirrt. (Es war eine Fehlprognose.) Allerhand Deutungen sind im Umlauf. Dies schadet. Deshalb sage ich jetzt: Ich stehe zu dieser Regierung, zu ihrer Politik und zu meinem Chef. Er wird bestimmen, wann ich gehen kann, nicht ich.